

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften.

Abbestellungspreis: Die Expeditionen Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Nr. 120

Donnerstag, den 26. Mai 1921

12. Jahrgang

## Deutsch-französische Verständigung.

### Reichskanzler Wirth über die Politik der Erfüllung.

Karlsruhe, 25. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth traf heute vormittag auf der Durchreise nach Freiburg hier ein und begab sich in das Staatsministerium. In einer Rede an seine ehemaligen Ministerkollegen führte er u. a. aus: Wir haben das Ultimatum mit Ja beantwortet. Es war notwendig, um der Freiheit des deutschen Volks willen. Es war ein aufrichtiges, ein deutsches Ja, und nicht etwa akademische Erörterungen. Akademische Erörterungen sind ein Jahr hindurch gerade genug gepflogen worden; sie haben zu nichts geführt. Es war ein Jahr, das ein Zeitalter der Leistungen einschließen sollte. Leistungen allein können die Welt von dem guten Willen Deutschlands überzeugen. Wenn wir zwei Jahre zurückblicken, dann wäre es wirklich unrecht, nicht anzuerkennen, daß inzwischen sich doch einiges gebessert hat, und wenn es uns nun glückt, die Wiederbelebung der Wirtschaft und des Handels durch Förderung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion, zu erreichen und in Deutschland dem hungernden Magen wieder genügend Nährstoffe zuzuführen, so wird das deutsche Volk auch freiwillig beachtliche Leistungen aufbringen. „Um der Freiheit willen“ haben wir ja gesagt. Ich könnte mir nichts Schrecklicheres vorstellen, als daß ich die großen Industriegebiete Deutschlands der Rheinlande und Westfalens, wo doch das Herz unserer ganzen Produktion schlägt, unter die Gewalt Fremder gestellt sehe. Ich glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Arbeiter von Rheinland und Westfalen, selbst uns dafür dankbar sein werde, weil wir ihr dadurch die Möglichkeit gegeben haben, in freier Arbeit als freie politische Staatsbürger das deutsche Volk gerade an der Stelle retten zu helfen, wo es am verwundbarsten ist. Wohl weiß ich, daß das Ja Unbarmherziges in sich schließt. Es muß daher an den Willen aller appelliert werden, die überhaupt den Gedanken der Freiheit in sich aufnehmen können. Die Waffen werden mir zum großen Teil aus den Händen geben. Um so mehr aber werden wir den Standpunkt des Rechts für das deutsche Volk betonen. Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich auch im Reichstage erklärt, daß es für uns unerträglich wäre, wenn die oberschlesische Frage durch die Diktatur eines polnischen Insurgenten gelöst werden sollte. Wir verlangen, daß das durch den Friedensvertrag gewährte Recht zur Geltung komme, wonach das Plebiszit in Oberschlesien als Ausdruck des intimsten demokratischen Lebens in Deutschland von allen Völkern geachtet werden muß. Wir wollen unsererseits zeigen, daß wir gewillt sind, aufrichtig und ehrlich auf klar vorgezeichneter Bahn Politik zu führen, unterstützt von dem größten Teil unseres Volkes. Alle Kreise werden Opfer bringen müssen. Ich weiß nicht, ob alle Kreise des deutschen Volkes wirklich Opfer gebracht haben. Wenn man da und dort durch die deutschen Bande geht und den frechsten Luxus sich breit machen sieht, dann darf man flüchtig verlangen, daß in der beginnenden Zeit der Arbeit alle Kreise unseres Volkes sich, was die Lebenshaltung betrifft, in solchen Bahnen bewegen, daß es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen. Wir wollen nicht auf neue Kriege sinnen, wir wollen jetzt die Freiheit, die uns die Arbeit gibt. Ich rufe also nicht auf zum Schmieden neuer Waffen, sondern ich rufe auf zu einem Bekenntnis des Rechts, und einem Bekenntnis zu einer freien und großen Arbeitsleistung. Wir wollen sie zu organisieren versuchen, wir wollen uns nicht in politische Träumereien verlieren. Aber irgendwelche wilde Form der Ausdrucks politischer Betätigung außerhalb des Rahmens des Gesetzes gar, die außenpolitisch uns nur in Schwierigkeiten bringen, müssen wir unbedingt ablehnen. Auf dem Boden des Rechts, auf dem Boden der Arbeit vorwärts und, so Gott will, wieder einmal aufwärts einer neuen Zeit entgegen!“ (Beifall.)

### Briands Vertrauen auf das Kabinett Wirth.

Paris, 25. Mai. Bei der heutigen Fortsetzung der Beratung der Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer, sagte Ministerpräsident Briand: Er habe gestern loyal zugegeben, daß Dr. Wirth offensichtlich erklärt habe, es sei notwendig für das besiegte Deutschland, seine Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen. Er müsse ferner sagen, daß alle Antworten auf die gestellten Forderungen befriedigend gewesen seien. Es sei Zeit, daß man zu Tatsachen zurückkehre. Die französische Regierung habe ein sehr klares Programm, und ihre Entschlüsse

gen seien getroffen; sie seien Deutschland übermitteln worden. Die Sanktionen könnten angewandt werden. Der Reichstag habe das Ministerium gebittet und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands auszuführen. Wohl gebe es Hintergedanken in Deutschland, aber es seien keine Staatsmänner und alldeutsche Industrielle an der Macht, die sich den Verpflichtungen entziehen wollten. Man habe die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Und wenn Deutschland sich morgen seinen Verpflichtungen entziehen wollte, dann werde Frankreich das Nötige ausführen. (Beifall.) Er hoffe, daß nun endlich das Band Fühlung mit den Realitäten nehme. Das Band sei voll Vertrauen und glaube, man verlange nicht von ihm, daß es einem Optimismus auf Befehl dienstbar sei. Aber man habe doch nötig, dem Lande gute Realitäten zu bringen; man dürfe es nicht in Wolken hüllen. Er habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männern zusammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen.

Das deutsche Volk beginne die Augen zu öffnen. Die Mehrheit des Reichstages habe dem Kanzler Vertrauen entgegengebracht; sie habe gesagt, Deutschland wolle entgegennehmen und zahlen. Man dürfe sie nicht entmutigen. Würde man das tun, so wäre das nicht nur ein Fehler, sondern auch eine schlechte Handlung. Man befände sich jetzt einem Schuldner gegenüber, der erklärt, daß er die Bedingungen Frankreichs annehme. Man besitze die nötige Kraft, um zu handeln, man hätte sie in Reserve. Briand fragt, ob es nicht zur Ehre Frankreichs sei, wenn es seine Verpflichtungen anerkennend. Es sei eine gute Politik, man müsse an ihr festhalten. (Diese Erklärung des Ministerpräsidenten findet einmütigen Beifall.) Den vom Abgeordneten Barthélemy erhobenen Vorwurf, er habe die Kammer vor ein fait accompli gestellt, weist Briand zurück und gibt sodann eine Erklärung ab, in der er u. a. sagt: Man frage sich, was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfüllte. Man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen ausführe. Wenn es sich um eine Verletzung handele, von der in der Erklärung in London nicht die Rede sei, dann ja. Wenn der Vorkonferenzrat nicht zu einem Beschlusse kommen könne, dann müsse der Oberste Rat die Entscheidung treffen. Aber wenn Deutschland Beweise der Nichterfüllung gebe, dann stehe für jeden der Alliierten das Recht zur Ausführung der Sanktionen zu. Wenn wir gestern infolge einer Verletzung Deutschlands die Städte Ruhrort, Düsseldorf und Duisburg besetzt hätten, würden die englische und die belgische Regierung loyal den Befehl erteilt haben, daß ihre Truppen sich den französischen anschließen. Er habe nicht das Recht daran zu zweifeln, daß es morgen nicht ebenso sein werde. (Beifall.) Aber selbst wenn unsere Alliierten sich in einer Lage befinden würden, die ihnen nicht gestattet, das zu tun, dann könne Frankreich mit eigenen Mitteln, also allein, vorgehen.

### Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Paris, 25. Mai. Heute vormittag empfing Ministerpräsident Briand die Mitglieder des Bureau des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete, denen sich mehrere Parlamentarier angeschlossen hatten. Der Präsident des Ausschusses, der leinergest anlässlich des von der C. G. T. organisierten Kongresses gehalten worden ist, aber eine durchaus selbständige Adresse darstellte, wies auf die traurige Lage der geschädigten Bewohner hin, die sich mit der Forderung nicht mehr begnügen wollten, sondern von der Regierung einen Gesamtplan für den Wiederaufbau verlangten. Der Sekretär des Ausschusses Doucet erinnerte an die auf dem erwähnten Kongresse gefassten Resolutionen und verlangte, daß so bald als möglich in den besonders schwer verwüsteten Gebieten der sogenannten roten Zone ein Versuch mit der deutschen Zusammenarbeit gemacht werde. Der Senator Corpet und der Republikaner Deguise erklärten, ein großzügiger Wiederaufbau ohne Mitarbeit aller Völker, insbesondere des deutschen Volkes, sei unmöglich. Ministerpräsident Briand erwiderte, er sei ohne Vorbehalt für die Verwendung deutscher Material und ebenso für die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte unter der Voraussetzung, daß es sich um gelehrte Arbeiter handele, und daß die Eingebundenheit der fraglichen Gebiete damit einverstanden sei. Die deutsche Mitarbeit in natura, die unter der vorigen alldeutschen Regierung nicht in Frage gekommen sei, könne jetzt verwirklicht werden. Er glaubte tatsächlich an die Aufrichtigkeit der neuen deutschen Regierung, die anerkannte Anstrengungen mache, um ihre Verpflichtungen innehalten zu können. Briand sagte: Er stehe einem sofortigen Versuch der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in der roten Zone günstig gegenüber. Er schloß mit der Bemerkung, er wünsche mit dem Ausschuss in Fühlung zu bleiben und würde nicht unterlassen, ihm die Beschlüsse der Regierung mitzuteilen.

### Das oberschlesische Seerlager.

Die Note der französischen Regierung vom 19. Mai über Oberschlesien und die deutsche Antwort vom 25. Mai gehen in ihren Meinungen vielfach auseinander, leider aber stimmen sie nicht überein. In einem Punkt vollkommen überein, nämlich darin, daß die oberschlesische Frage für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Es ist notwendig, die Dinge dort so objektiv wie nur möglich zu sehen. Wenn die französische Note von deutschen Freikorps spricht, die in Oberschlesien bereits im Kampfe stehen, so läßt sich die Richtigkeit dieser Behauptung nicht von vornherein völlig abstreiten. Es spricht vielmehr eine stark Wahrscheinlichkeit dafür, daß Mannschaften der in der französischen Note genannten Freikorps einzeln und unbestimmt über die Grenze gegangen sind und sich dann drüben formiert haben, um den Selbstschutz der eingeschlossenen Bevölkerung zu unterstützen. Zugleich haben sich die deutschen Selbstschutzzorganisationen, die bisher ganz oder teilweise der Abstimmungsbehörde angegliedert waren, zu einer selbständigen Organisation zusammengeschlossen und einen hohen Offizier des alten Heeres, Generalleutnant Hoefler, einen geborenen Oberschlesier, zu ihrem Führer gewählt. Zum dritten wird bestätigt, daß englische Truppen, vier Bataillone, im Einmarsch begriffen sind.

Danach gibt es jetzt in Oberschlesien eine Unsumme bewaffneter Organisationen, deren Verhältnis zueinander ziemlich unklar ist. Auf der einen Seite stehen die polnischen Insurgenten mit ihren in kleinen Bezügen zur polnischen Armee. Auf der andern Seite steht der deutsche Selbstschutz und stehen die hinübergeschickten Freikorps, von denen man noch nicht weiß, ob sie sich dem Kommando Hoeflers unterstellt haben. Zwischen den beiden Heerlagern stehen die vorhandenen oder im Anmarsch begriffenen Truppen der Alliierten, aber nicht als eine Einheit, sondern in ihrer Haltung sehr stark von einander unterschieden. Die Franzosen stehen ziemlich offen zu den polnischen Insurgenten, die Engländer und Italiener stehen gegen sie, was sachlich eine Annäherung an die Deutschen bedeutet. Nach Zeitungsmeldungen, die zunächst unkontrollierbar sind, sollen sich die deutschen Organisationen mit dem General Hoefler unter englischen Befehl gestellt haben, was auf alle Fälle von ihrem Standpunkt aus ein geschickter politischer Schachzug wäre.

Die französische Presse sieht die Dinge natürlich mit ganz andern Augen. Für sie ist die selbständige Organisation des deutschen Selbstschutzes ohne weiteres eine Erhebung gegen die Autorität der internationalen Kommission. Für sie stehen die deutschen Freischützer und Selbstschutzzugehörigen nicht nur auf einer Stufe mit den polnischen Insurgenten, sondern noch unter diesen. Frankreich will, daß sich die Spitze der weiteren Aktion, um Oberschlesien gegen die deutsche Bevölkerung und gegen ganz Deutschland drehen soll.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen jedes rein militärische, ausschließlich von militärischen Bestimmungen und Gesichtspunkten geleitete deutsche Unternehmen eine sehr große Gefahr bedeuten würde. Grad und Richtung der militärischen Aktion müssen durch ein klares Urteil über die internationale Gesamtlage bestimmt sein. Sonst kann es leicht geschehen, daß Deutschland schließlich mit England im Stiche gelassen, in einen Hinterhalt hineingelockt wird.

Es ist jedenfalls torrett und klug, daß die deutsche Regierung das ihre getan hat, um die weitere Bildung von Freikorps und ihren Uebertritt über die Grenze zu verhindern. Auf das, was hinter den herabgefallenen Schlagbäumen passiert, hat sie keinen Einfluß. Wir nehmen an, daß sie auch der Wahl eines Generals der alten Armee zum Führer des deutschen Selbstschutzes vollkommen fern steht, die vielleicht für das internationale Urteil eine starke Belastungsprobe bedeutet, obwohl sich Hoefler in seinem Aufruf noch selbstlich vernünftig ausgesprochen hat. Sie ist aber auch nicht in der Lage, solange nicht eine ganz entscheidende Wendung der internationalen Verhältnisse eingetreten ist, den in Oberschlesien kämpfenden Deutschen militärische Hilfe zu gewähren. Nun muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß das Vorgehen der Deutschen für Polen zum Signal wird, mit seinen regulären Truppen in Oberschlesien einzuziehen. Das gäbe dann die gefährlichste Lage, die man sich denken kann, da das deutsche Volk kaum instand sein würde, der Abschichtung seiner Landesteile in Oberschlesien durch eine überlegene Macht untätig zuzusehen. Ein offizielles Eingreifen Deutschlands in Oberschlesien wird aber hinwiederum von Frankreich als Kriegsfall betrachtet. Und was würde dann England tun?

In der „Humanität“ war dieser Lage eine Karikatur zu sehen. Frankreich-Marianne in einem Klubstischsaalungesessen hingestreckt. Vor ihr der Geist Napoleons, der zu ihr spricht: „Wenn du dich schon noch einmal schlagen willst, dann schlage dich doch mit England, das macht mehr Spaß.“







# Danziger Nachrichten.

## Der Volkstag zur Steuerfrage.

Der Volkstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Gesamtkonzeption der vorläufigen Erhebung der Steuern für das erste Quartal nach der Veranlagung des Vorjahres. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich nach drei begehrenden Ausführungen des Finanzministers Dr. Volkmar bereit, die Berücksichtigung des Steuererlasses zuzustimmen. Die Linken, von den Polen bis zu den Kommunisten, sprachen sich gegen das Steuererlassgesetz aus. Genosse Rost wies darauf hin, daß die bürgerlichen die Beratung der neuen Steuererlasse im Ausschuss verschleppten. Die sozialdemokratische Fraktion will jedoch, daß die neue Steuererlasse recht bald zur Verabschiedung kommen. Da die Linke befrüchtigt ist, daß nach der Annahme des Gesetzes die in Beratung befindliche Steuererlässe weiterhin von den bürgerlichen Parteien sabotiert wird, kann sie der Verabschiedung des Gesetzes nicht zustimmen. Im Steueraussschuß müsse schneller gearbeitet werden. Genosse Rost konnte in der Debatte noch recht wirkungsvoll und eindringlich die bestehenden Steuermißstände durch beweiskräftiges Material belegen. Wenn im Jahre 1919 von 121 513 Steuerpflichtigen nur 2077 ein Einkommen von über 6000 Mark vermeldet haben, so liegt in diesem Jahresverhältnis zweifellos der Beweis, daß die Steuertrübebergelei der Befragten einen Umfang angenommen hat, der zur Rückstufung führen muß. Diese völlig ungenügende Erfassung der höheren Einkommen ist die Ursache der unvollständigen Besteuerung der vermögenden Bevölkerung. Solange sich Zolltag und Senat nicht dazu aufschwingen können, hierin grundlegend Wandel zu schaffen, wird die Steuerfrage dauernd eine Quelle harter innerpolitischer Beunruhigung bilden. Den Bürgerlichen war die öffentliche Aufdeckung des Steuerbetruges der Besten wenig angenehm. Es konnten jedoch gegen diese Tatsachen nicht ankommen und beschränkten sich darauf, über einen Bruch der Vertraulichkeit zu jektieren.

Die Sitzung erörterte auch den schon bald üblich gewordenen Zwischenfall. Der deutschnationaler Redner Dr. Niehus löste mit seiner Verteidigung der Stellungnahme der Pöppelischen stark Unterbrechungen seitens der äußersten Linken aus. So daß der Präsident die Sitzung um eine halbe Stunde aussetzte. Die Abstimmung über die von den Deutschnationalen beantragte Überweisung des Steuererlasses an den Ausschuss, wurde auf sozialdemokratischen Antrag auf Sonnabend vertagt.

Die eingangs der Sitzung vom Präsidenten an die Abgeordneten gerichtete Mahnung auf Begegnung der kostspieligen Redezeit und auf Befreiung des Verhandlungsraumes wird die Öffentlichkeit nur unterstreichen können. Die Beherzigung dieser Wünsche liegt nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch im Interesse des Parlaments selbst.

## Schwierige Lage der Danziger Kohlenversorgung.

### Rom Senat wird uns mitgeteilt:

Die Kohlenversorgung der Freien Stadt Danzig erfolgte bisher auf Grund eines Abkommens mit dem Reichskohlenkommissar in Berlin, wonach der Freien Stadt Danzig ein Kohlenkontingent von circa 22 000 Tonnen monatlich zur Verfügung gestellt wurde. Diese Kohlenmengen wurden zu zwei Dritteln aus Oberschlesien und zu einem Drittel aus Westfalen und den Braunkohlenrevieren geliefert. Mit Einsetzen der Unruhen in Oberschlesien, seit Anfang Mai, hat die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien vollkommen aufgehört. Nach Mitteilung des Reichskohlenkommissars in Berlin und des interalliierten Kohlenbureaus in Dppeln ist auch in absehbarer Zeit mit Lieferung von Kohlen aus Oberschlesien nicht zu rechnen. Zufuhren aus anderen Kohlenrevieren kommen auch nicht in Frage, weil der Ausfall an ober-schlesischen Kohlen in Deutschland zunächst und in erster Linie durch die Förderungen der sonstigen Kohlenreviere gedeckt werden muß. Hierdurch ist die Lage der Kohlenversorgung der Freien Stadt Danzig außerordentlich schwierig geworden; sie kann katastrophal werden für unser Wirtschaftsleben, wenn es nicht gelingen sollte, ausländische Kohlen heranzuschaffen. Schritte, die darauf gerichtet sind, sind unternommen, ihr Erfolg bleibt abzuwarten. Der Oberkommissar hat, wie stets,

(eine Mitteilung) ... er hat ... um die ...

Die ... werden die ...

Die ... der ...

Mit ...

Die ...

Folgende ...

Oliva. Auf ...

Rosenberg. 25. Mai. Der bisherige kommissarische Landrat, Bergassessor Dr. Friedensburg ist nun endgültig zum Landrat unseres Kreises ernannt worden. Infolge der Vakanz bei der Übernahme des Landratspostens im Januar — der Vorgänger, Landrat von Bersen wollte nicht nach Stettin gehen, wurde auch halb vom Amte suspendiert — wollte die Staatsregierung auch in ihrem Interesse sowie dem des Kreises den Landratsposten baldigst besetzen. Der neu gewählte Kreistag sollte in seiner zweiten Sitzung am 4. April d. Js. sein Vorschlagsrecht ausüben. Die zu einer Fraktion zusammengeschlossenen Vertreter des Landblocks, der Deutschnationalen und der Dt. Volkspartei stellten aber den Antrag auf Vertagung, während Demokraten, Sozialdemokraten, Zentrum und Polen für sofortige Wahl waren. Die Abstimmung ergab 18 Stimmen für Vertagung und 11 Stimmen für die Wahl des Dr. Friedensburg. Durch die nunmehr erfolgte Ernennung hat sich also die Staatsregierung auf den Standpunkt der Letzteren gestellt. Sätten die Rechtstendenzen nicht Fraktionszwang ausgeübt, dann wären für Dr. Friedensburg noch mehr Stimmen gewesen, da die

# III Beräumungs-Anzeige III

- Veranlagung des ...
- Veranlagung des ...
- Veranlagung des ...
- Veranlagung des ...

Sta. ...

# Aus dem deutschen Osten.

Großer Eisenbahnschuppenbrand in ...

# BORG CIGARETTEN

Waffenhandelsnachrichten am 24. Mai 1921.				
	gestern	heute	gestern	heute
Jawidost	1,22	1,22	Dirchan	1,54
Worshau	1,63	1,63	Malaga	2,10
Thorn	1,44	1,44	Schwarzhof	2,36
Görlitz	1,39	1,39	Schönan D. P.	2,44
Culm	1,45	1,45	Waldenberg D. P.	2,49
Brandenburg	1,66	1,66	Hauptort	2,09
Aurgedrach	2,10	2,10	Waldorf	2,36
Montauespitz	1,62	1,44	Kunze	2,36
Pielitz	1,85	1,46		

Verantwortlich für Politik Dr. ...

# Reichstagsabgeordneter, Genosse Eduard Bernstein

Berlin spricht am Freitag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Kasse Derra, 2. Neugarten in öffentlicher Versammlung über Die Lage des deutschen Volkes und die Politik der Sozialdemokratie. Die außerordentliche Bedeutung, die dem Thema und dem Referenten als den bekanntesten Theoretiker der sozialdemokratischen Bewegung zukommt, sollte zum vollzähligen Besuch dieser Versammlung Veranlassung geben. Der Eintritt kostet 1 Mark. Mitglieder der S. P. D. haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches freien Eintritt. Sozialdemokratische Partei Danzig.

# Zur Schließung der Elbinger Schichauwerke.

Aber die wir bereits berichtet, werden uns noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Nach der großen Aussperrung im Jahre 1920 hatte die Arbeiterschaft der Firma, gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, die Arbeit unter den denkbar ungünstigsten Einstellungsbedingungen wieder aufgenommen. Ein Verlust besagte unter anderem, man, die Ruhe im Betriebe in irgend einer Form wieder geschöpft wird, sollte der Betrieb sofort wieder geschlossen werden. In den Verhandlungen der Firma mit dem Betriebsrat nach Eröffnung des Betriebes erklärte die Firma, daß sie durch die Verhältnisse des Revolutionsjahres, in welchem der Betrieb schwere Erschütterungen durchgemacht hätte, nicht in der Lage wäre, dieselben Löhne zu zahlen, wie die übrigen Industriellen des Ostens. Versprochen aber, sobald sich die Beschäftigten des Betriebes erholt hätte, die Löhne auf dieselbe Höhe zu bringen. Die Abneigung der Schichauerarbeiter ist bis heute noch im 1. — bis 1.20 Mt. hinter den Löhnen der übrigen Arbeiter der Eisenindustrie des Ostens zurück. Durch die rückständigen Löhne befanden sich die Schichauerarbeiter fortgesetzt in äußerst schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, so daß sie sich durch die nunmehr wieder eintreffende Steigerung der Lebensmittelpreise gezwungen sahen, am 27. April mit neuen Lohnforderungen, die sich nebenbei gesagt in beachtlicher Höhe bewegten, an die Firma heranzutreten. Bei den Verhandlungen über die Lohnforderung am 18. und 19. Mai zeigte es sich, daß die Firma von einer Lohnsenkung absolut nichts wissen wollte. Sie begründete dieses damit, daß zurzeit keine

Aufträge vorhanden wären, folglich mußte sie sich Lohnforderung der Arbeiter ablehnen. Auch die vom Betriebsrat in einer milderen Form gestellten Entwürfe wurden von der Firma strikte abgelehnt. Zu der gleichen Zeit wurde auch über den Lohn im Februar gestellten Antrag auf Beendigung von Sommerferien unter Fortzahlung des Lohns verhandelt. Der Vertreter der Firma gab die lächerliche Erklärung ab, daß die Firma nicht gewillt wäre, einen Sommerurlaub zu bewilligen. Sie würde aber bereit sein, den Arbeiter eine Gratifikation in Höhe eines Monatslohnes wie im Vorjahr zu erstatten, sobald im Juni und Oktober zu geschähen. Die Forderung des Betriebs wurde von der Firma mit sehr habichtartigen Argumenten begründet. Obwohl sie bei der Lohnverhandlung die Erklärung abgegeben hatte, daß keine größeren Aufträge vorhanden wären, kam sie in der Rückschau mit dem Umwand, es seien doch einige dringende Aufträge vorhanden, die unter schwierigen Bedingungen anzunehmen wären, und unbedingt fertiggestellt werden müssen. Die größte Abneigung beider Parteien und das widersprechende Verhalten der Firma führte naturgemäß zu einer großen Erregung der Arbeiterschaft, welche sich am nächsten Tage nach der Verhandlung in einer spontan ausbrechenden Demonstration äußerte. Die Arbeiter verlangten von der Firma im Gegenzug zu geben, daß sie nicht verhandeln zu wollen, und daß sie die Arbeiter zu fordern, sie an ihre Arbeitsplätze zu begeben. Die Arbeiter leisteten der Aufforderung ohne weiteres Folge, und es war bestimmt zu erwarten, daß die Ruhe im Betriebe aufrecht erhalten werden konnte. Künftig gab die Firma einen Antrag des Betriebsrat, in welchem erneut auf die Schließung des Betriebes gedrungen wurde. Die Firma widerstand diesem nicht.

man vorerst ...

**Abgabe von Butter.**

Von Freitag, den 27. d. Mts. ab werden auf die Marke 8 der Speisefettkarte 62,5 Gramm Butter zum Preise von M. 13.— für das Pfund in den Vororten Neufahrwasser, Weichselmünde, Brösel, Sautental, Heubude, Schilling, Stadtgebiet und Gangfuhr zur Ausgabe gelangen. Die Butterhändler der genannten Vororte erhalten die Bezugscheine am Donnerstag, den 26. d. Mts., in der Zeit von 4,0—4,1 Uhr, in der Molkereiabteilung, Wiebenkaferne, Flügel 3, Zimmer 3. Die Einreichung der Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 24. Mai 1921.

Der Senat.

Nahrungskartensache. (4370)

**Neue Kundenanmeldung.**

1. Von Freitag, den 27., bis Dienstag, den 31. Mai, haben sich die Haushaltungen bei den Bäckern, Brot- und Mehlbäckern, bei denen sie käuflich ihre Brot- und Mehlkarten empfangen wollen, zur Kundenliste anzumelden. Von Mittwoch, den 1., bis Sonnabend, den 4. Juni, haben die Anmeldungen zur Kundenliste bei den Nationalwarenhandlern statt, von denen die Haushaltungen käuflich ihre Brotkarten und etwa besonders wertvolle Lebensmittel beziehen wollen. Die Haushaltungen haben zu diesem Zwecke die für ihre Haushaltungsmöglichkeit neu ausgestellten Nahrungskartenscheine vorzulegen. 2. Die Eintragung in die Kundenliste erfolgt nach Maßgabe der Anweisung, welche den Kundenanmeldebüchern beigegeben ist. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß die betreffenden Gewerbetreibenden ihren Firmenstempel und die Nummer der Kundenanmeldebücher auf die dazu gekennzeichneten Abtheilung der neuen Nahrungskartenscheine setzen müssen. Auch haben die Gewerbetreibenden darauf zu achten, daß die vorgelegten Nahrungskartenscheine ordnungsgemäß mit Vor- und Familiennamen, Geburtsdatum sowie der Wohnung des Nahrungskartenscheineinhabers und mit dem B-Siegel "Kartenschein zu Danzig" versehen sind. Unausgefüllte Nahrungskartenscheine sind auch solche, von denen der Gewerbetreibende weiß oder den Umständen nach anzunehmen nach, daß sie zu Unrecht begeben, dürfen zur Kundenanmeldung nicht angenommen werden. In diesen Fällen muß der Nahrungskartenschein, Wiebenkaferne, entsprechende schriftliche oder schriftliche Mitteilung gemacht werden. Eine Neuabgabe von Kundenlisten erfolgt nicht. Zu den Kartenscheinanmeldungen sind die alten Kundenlisten soweit möglich zu verwenden. Falls von den Gewerbetreibenden Verdrüsse für die Kundenlisten bemerkt werden, können dieselben in der Nahrungskartensache, Wiebenkaferne, Flügel 3, Eingang Poggenpfehl, 1. Obergeschoss, Zimmer 19, in Empfang genommen werden. Diese Verdrüsse sind in die Kundenlisten einzugeben.

Danzig, den 24. Mai 1921.

Der Senat.

Nahrungskartensache. (4377)

**Behanntmachung.**

Die nicht Seebadeanstalten Brösel, Meißnerplatz, Heubude und Weichselmünde werden am Sonntag, den 28. Mai 1921 eröffnet. Die Badezeit ist täglich von 6 Uhr morgens bis zum Sonnenuntergang.

Danzig, den 25. Mai 1921.

Der Senat.

Städt. Seebadverwaltung. (4383)

**Abgabe von Butter.**

Von Sonnabend, den 28. Mai ab werden auf die Marke 8 der Speisefettkarte 62,5 Gramm Butter zum Preise von M. 13.— für das Pfund für die Bewohner der inneren Stadt zur Ausgabe gelangen. Die Butterhändler der inneren Stadt erhalten die Bezugscheine am Freitag, den 27. Mai, in der Zeit von 4,0 bis 4,1 Uhr vormittags, in der Molkereiabteilung, Wiebenkaferne, Flügel 3, Eingang Poggenpfehl, Zimmer 3. Die Einreichung der Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 25. Mai 1921.

Der Senat.

Nahrungskartensache. (4382)

**750 Bassma**  
pro Paket Feinschnitt-Tabak  
für Zigaretten und kurze Pfeife  
in unveränderter Qualität  
Tabakfabrik B. Schmidt Nachf., Danzig, Röhren 18  
Tel. 2127.  
Fabrikantendirektion Danzig-Schmidt, Karlsruherstraße 113  
Tel. 2767. (4392)

**Pa. Preßtorf**  
in vorzüglicher Qualität, offeriert zur Lieferung  
vom 1. bis Juli. Bestellungen jetzt schon erbeten.  
**S. Wandel**  
4190  
Karlshofstraße 19-17. Telefon Nr. 207.

**Abendgesellschaft Danzig. Neues Operetten-Theater**  
(Ehrbar-Wilhelm-Theater.)  
Tel. 4092. Tel. 4092.  
Direktor v. Direktor Paul Ehrenmann.  
Musik. Leitung: Dr. Edmund Kowalek.  
Mittwochs-Donnerstag, den 26. Mai  
Anfang 7.30 Uhr. Anfang  
**Die Scheidungsreise**  
Mittwoch, den 27. Mai  
**Die Scheidungsreise**  
Donnerstag, den 28. Mai, abends 7.30 Uhr  
**Abschieds-Abend**  
Für das gesamte Operetten-Ensemble  
Vorverkauf Ende Mai, v. 10—11 Uhr nur  
im Deutscher-Haus Langgasse 69/70 statt.  
Nach Schluß der Vorstellung:  
Führerführungen nach allen Richtungen.  
In den Parkett-Räumen:  
**Klein-Kunst-Bühne „Libelle“**

**Relchshof-Palast**  
Danziger vornehmstes Weinhaus u. eleganteste Bar  
Heute Donnerstag, den 26. Mai  
**Ehrenabend**  
für die beliebten Tänzerinnen Tina Matja u. Jase Ellers  
dazu das glänzende Mai-Programm  
Palast-Kapelle Wenz  
Erstklassige Küche Delikatessen der Saison

**Zöpfe**  
von 10 bis 280 Mark  
**Doppelknoten**  
sehr modern und beliebt  
Mark 28.—  
**Haubenneze**  
Mark 1.80  
Wie anderen Haar-  
**Erfagteile**  
in bestem Material u. best. Arbeit  
empfiehlt  
**Saarhandlung**  
**Rob. Kleefeld**  
Brettgasse 6. (4376)

**Reichshof-Palast**  
Danziger vornehmstes Weinhaus u. eleganteste Bar  
Heute Donnerstag, den 26. Mai  
**Ehrenabend**  
für die beliebten Tänzerinnen Tina Matja u. Jase Ellers  
dazu das glänzende Mai-Programm  
Palast-Kapelle Wenz  
Erstklassige Küche Delikatessen der Saison

**Kosmos-Bücher**  
Wir empfehlen folgende  
Bücher, Die Abstammung des Menschen . . . 12.—  
Der Stammbaum der Tiere . . . 5.20  
Im Steinkohlenwald . . . 5.20  
Der Mensch der Tertiarzeit . . . 5.20  
Der Mensch der Pleistozänzeit . . . 5.20  
Fossilien und Meer . . . 5.20  
Tierwanderungen in der Urwelt . . . 5.20  
Der Mensch der Zukunft . . . 5.20  
Stammbaum der Insekten . . . 5.20  
Eiszeit und Klimawechsel . . . 5.20  
Der Sieg des Lebens . . . 5.20  
**Buchhandlung Volkswacht**  
am Spandhau 6 und  
aradiogasse 32

**Kosmos-Bücher**  
Wir empfehlen folgende  
Bücher, Die Abstammung des Menschen . . . 12.—  
Der Stammbaum der Tiere . . . 5.20  
Im Steinkohlenwald . . . 5.20  
Der Mensch der Tertiarzeit . . . 5.20  
Der Mensch der Pleistozänzeit . . . 5.20  
Fossilien und Meer . . . 5.20  
Tierwanderungen in der Urwelt . . . 5.20  
Der Mensch der Zukunft . . . 5.20  
Stammbaum der Insekten . . . 5.20  
Eiszeit und Klimawechsel . . . 5.20  
Der Sieg des Lebens . . . 5.20  
**Buchhandlung Volkswacht**  
am Spandhau 6 und  
aradiogasse 32

**Sonderangebot**  
Während meiner letzten Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit, ein Restlager einer bedeutenden Damenhutfabrik in nur neuen, diesjährigen  
**Hutformen**  
besonders preiswert zu erstehen und biete ich mit dieser Ware meiner Kundschaft eine  
**außergewöhnlich günstige Kaufgelegenheit**  
Tagalhüte in nur aparten Farben und Formen Stück 48.50, 39.50, **29.50**  
Ligenhüte schwarz, in guten jugendlichen und Frauen-Formen . . . Stück 24.50, **19.50**  
Basthüte schwarz und farblich, in leichten und soliden Formen . . . Stück 19.50, 14.50, **6.50**  
Sporthüte farbiger Bastkopf mit Ligenrand und viele and. Arten . Stück 29.50, 22.50, **19.50**  
**Nathan Sternfeld**  
Danzig.  
Meine Filiale  
**Langfuhr**  
bleibt dasselbe.